

Weltchronik

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Historischer Kalender, oder, Der hinkende Bot**

Band (Jahr): **267 (1994)**

PDF erstellt am: **26.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Weltchronik

(vom 16. Mai 1992 bis 15. Mai 1993)

Nach dem epochalen Einschnitt in der Zeitgeschichte, welchen der plötzliche Zusammenbruch der Sowjetunion im Jahr zuvor bewirkt hat, konnte vernünftigerweise nicht mit einer baldigen Konsolidierung der Verhältnisse in den von diesem Grossereignis direkt betroffenen Gebieten gerechnet werden. Und der Lauf der Geschichte ist seither keineswegs zu jenem abrupten Stillstand gekommen, wie ihn ein amerikanischer Autor in einem zeitweilig zu einem Bestseller aufgerückten Buch vorschnell zu prognostizieren wagte. Insbesondere jener Teil des Kontinents, der während Jahrzehnten unter der Fuchtel der sowjetischen Macht gestanden hatte, hat seither weiterhin Geschichte gemacht und erlebt!

Der von diesen Ländern angestrebte *Übergang zur Marktwirtschaft und zu einer demokratischen Staatsordnung* entpuppte sich als ein mühsamer und langwieriger Umwandlungsprozess. Die unversehens auf den vormaligen Strukturen und Zuständen angetretene Erbschaft erweist sich als sehr viel problemreicher und belastender, als man sich das zunächst vorgestellt hatte. Man hatte namentlich anfänglich die tiefe Prägung der Mentalität durch Jahrzehnte der Unterordnung und Anpassung an die kommunistische Herrschaft stark unterschätzt. Die unvorbereitet erlangte Freiheit ging denn auch nirgends Hand in Hand mit sprunghaft in die Höhe schnellender Produktivität, mit tieferem wachem Kostenbewusstsein und mit sofort einsetzender materieller Besserstellung der Bevölkerung. Im Gegenteil, die einschlägigen Wirtschaftsdaten tendierten vorerst einmal allesamt – und zum Teil drastisch – nach unten! In Wirklichkeit musste man sich zunächst auf eine längere Durststrecke einstellen, bevor eine Wendung zum Besseren zu erwarten war. Immerhin haben sich doch in *Ungarn*, in *Polen* und in der *Tschechoslowakei* einige Lichtblicke abgezeichnet, dass der Übergang zur Marktwirtschaft eine reichhaltigere Versorgung mit Konsumgütern

zur Folge hat. Aber auch dort ist die Relation zwischen der Preisentwicklung und derjenigen der Einkommen prekär geblieben.

Das Krebsübel der Anpassungskrise in Osteuropa ist überall die ungebremste, in manchen Ländern galoppierende Inflation. In *Russland* beispielsweise betrug die Entwertung des Rubels im vergangenen Jahr 1700 %, in der Ukraine sogar noch mehr. Die Notenpresse läuft in Russland zwecks Deckung der gigantisch auflaufenden Staatsdefizite und zur Finanzierung der vielen, immer noch durchgehaltenen, aber ausserordentlich unrentablen Staatsbetriebe unentwegt auf Hochtouren. Die dieserart verursachte Flut an Papiergeld überschwemmt selbstverständlich auch alle Staaten der GUS, soweit diese sich weiterhin der russischen Valuta bedienen. Jene ehemals sowjetischen Unionsrepubliken, die es inzwischen geschafft haben, sich mit einer eigenen nationalen Währung zu versehen – so *Estland*, *Lettland* und *Litauen*, nicht aber die *Ukraine* –, vermochten zwar die katastrophalen Folgen der rasenden Talfahrt des Rubels für sich zu mildern. Aber dafür haben sie sich das Dilemma eingehandelt, für ihre vorderhand noch unverzichtbar aus dem benachbarten Russland zu beziehenden Rohstoffe (vor allem Öl und Kohle) harte Devisen bezahlen zu müssen, welche sie nota bene dank ihren vormals vollständig auf die Sowjetunion ausgerichteten, eigenen Exportprodukten mangels genügender Wettbewerbsfähigkeit auf den Weltmärkten heute sonst noch nirgends verdienen können!

* * *

Am schlimmsten aber war und ist die Wirtschaftslage in *Russland*. Zwar erhält Russland aus dem Westen am meisten Hilfe; aber ein grosser Teil dieser Gelder versickert im Sumpf der Misswirtschaft, in den Händen der Schwarzhandels-Mafia und der sich gegenseitig raffiniert begünstigenden alten Garde von Kommunisten dank Korruption und kriminellen Machenschaften wirkungslos. Die unablässigen Machtkämpfe zwischen dem gewählten russischen Präsidenten Jelzin und dem Parlament unter der Führung seines Gegners Chasbulatow

konnten auch trotz Jelzins klarem Sieg im Verfassungsreferendum im April 1993 noch keineswegs beendet werden. Sie haben die Pläne zu einer durchgreifenden Reform – genau wie unter Gorbatschow – mehrmals entscheidend abgebremst und immer wieder in Frage gestellt. Es fehlt in Russland nach wie vor an einem festen, verlässlichen Kurs, welcher nötig wäre, damit die Produktion angekurbelt und die Warenverteilung zum besseren Funktionieren gebracht werden könnte, von einer soliden Währung ganz zu schweigen. Solange der gnadenlose Machtkampf an der Staatsspitze andauert, eröffnet sich in Russland keine Wendung zum Besseren.

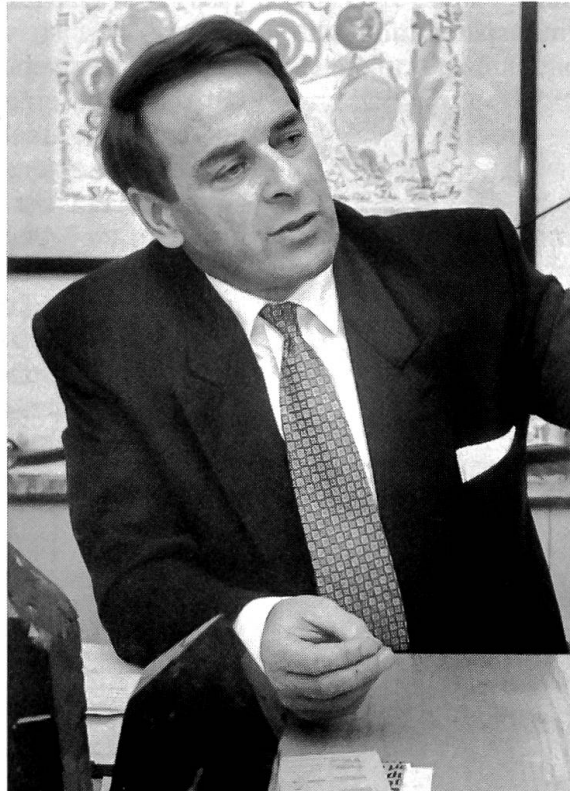
Fast erstaunlich ist unter diesen Umständen, dass bisher sowohl in Russland und in den der GUS angehörenden Ländern, in den neuerdings unabhängig gewordenen Ländern an der Peripherie sowie auch in den ehemaligen Satellitenstaaten sich keine ernst zu nehmende Grundwelle der Nostalgie mit dem Ziel der Wiederherstellung des vormaligen kommunistischen Regimes bemerkbar gemacht hat. Die alten Seilschaften sind zwar eifrig am Werk; aber es scheint ihnen jede Massenresonanz vorenthalten zu bleiben. Zum mindesten in Europa ist offensichtlich die verhängnisvolle Irrlehre des Marxismus-Leninismus durch dessen jahrzehntelange, unmenschliche Praxis so gründlich desavouiert worden, dass sie jede Attraktivität für die Bevölkerung insgesamt verloren hat.

Wenden wir uns noch *Deutschland* zu, das dank der vollzogenen Wiedervereinigung einen Sonderfall darstellt. Der Übergang zur neuen, freiheitlichen Marktordnung und zu rechtsstaatlich-demokratischen Verhältnissen in der ehemaligen DDR konnte hier mit einer nachhaltigen personellen, organisatorischen und vor allem finanziellen Unterstützung der Bundesregierung vonstatten gehen. Kein anderes Land

im ehemaligen sowjetischen Herrschaftsbereich hatte das Glück, gewissermassen auf einen reichen «Patenonkel» im Westen zählen zu können, der freigebig in die eigene Tasche zu greifen bereit war, um die Übergangs- und Anpassungsschwierigkeiten überwinden zu helfen. Wenn dennoch zwischen den «Ossis» und «Wessis» Misshelligkeiten und Reibereien entstanden sind, so in erster Linie, weil man im östlichen Teil nach dem Fall der Mauer weit überspannte Erwartungen gehegt hat, wie rasch und vollständig die Angleichung der Lebensverhältnisse an

diejenigen in den alten Bundesländern erfolgen könne. Die Einschätzung des Zeitfaktors war bei den «Ossis» ebenso unrealistisch wie die Vorstellung der Kostenfolgen der Wiedervereinigung bei den «Wessis».

Erschwerend ist, dass die weltweite Rezession nun auch Deutschland in den harten Griff genommen hat. Das schlägt sich in steigenden Arbeitslosenzahlen (1992: 6,6 % – 1993: 8,5 %) aus.



Adolf Ogi
Bundespräsident für das Jahr 1993.
(Foto: Hansueli Trachsel, Bern)

und in einem stark rückläufigen Wirtschaftswachstum (1992: +0,9% –1993: –1,5%) nieder. Auf der anderen Seite sind die Steuerlasten ebenso wie der Verschuldungsgrad in der Bundesrepublik auf nie gekannte Höhen geklettert. Die sich verschlechternde Wirtschaftslage in der BRD hat natürlich nicht dazu beigetragen, Investitionsströme im erwünschten reichlichen Mass von West nach Ost fließen zu lassen. Zudem haben sich viele Betriebe der ehemaligen DDR als hoffnungslos veraltet herausgestellt, oder sie mussten mangels Aussicht auf später mögliche

Rentabilität fallengelassen werden. Sowohl hinsichtlich der Arbeitslosigkeit als auch hinsichtlich der persönlichen Einkommen und mithin des allgemeinen Wohlstands ist zwischen den alten und neuen Bundesländern ein immer noch grosses Gefälle vorhanden. Das nährt vielfach bei den sich benachteiligt fühlenden «Ossis» Frustrationen und lässt Resignation um sich greifen. Undiskutabel sind aber im Osten in der Restaurierung und im Ausbau der Infrastruktur grosse Fortschritte zu verzeichnen.

Positiv ist zu werten, dass im ersten Quartal 1993 die deutschen Politiker sich zusammengerauft haben, einen Solidarpakt zur Verteilung der aus dem staatlichen Zusammenschluss entstandenen Lasten auszuhandeln. Es sollen damit zwei Prozent der Wirtschaftsleistung zusätzlich umverteilt werden, was weitere Impulse für den Wiederaufbau in den neuen Bundesländern schaffen wird. Bundeskanzler Kohl sagte dazu: «Der Solidarpakt trägt mit dazu bei, die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland zu sichern, die Wachstumskräfte in ganz Deutschland zu stärken und damit das Entstehen von neuen Arbeitsplätzen zu schaffen.»

* * *

Im vergangenen Jahr haben die aus den Trümmern des Bolschewismus gesprossenen *Sumpflüthen nationalistischer Militanz* sich weiter verbreitet und die Beziehungen zwischen verschiedenen Völkern und Volksgruppen vergiftet. Nachdem vorher jahrzehntelang die einzelnen Nationalitäten in Osteuropa fast nur auf die Manifestation ihrer Folklore verwiesen gewesen waren, meldet sich jetzt vielerorts das unterdrückte nationale Identitätsbewusstsein mit elementarer Wucht. Es handelt sich um einen verständlichen Nachholbedarf. Aber da und dort tobt dieser sich nun in unglaublichen Exzessen hemmungslos gegen nicht der eigenen Völkerschaft Angehörige aus!

So waren neuerdings nicht mehr nur sporadische Zusammenstösse, sondern ausgewachsene bewaffnete Konflikte mit im eigentlichen Sinn militärischen Strategien im Bereich der ehemaligen Sowjetunion in *Moldawien*, in



Willy Brandt gestorben

Der frühere Bundeskanzler und SP-Ehrenvorsitzende Willy Brandt verstarb am 8. Oktober 1992. Er war langjähriger Regierender Bürgermeister von Berlin und der erste sozialdemokratische Kanzler der Bundesrepublik. 1971 erhielt er wegen seiner Verdienste um die Aussöhnung mit dem Osten den Friedensnobelpreis.

(Foto: Weltwoche Bildarchiv, Zürich)

Georgien und zwischen Armenien und Aserbeidschan zu verzeichnen. In Georgien ging es um die Frage der weiteren Zugehörigkeit des dieser ehemaligen Unionsrepublik unterstellten autonomen Gebiets von *Abchasien*, im letzteren Fall um den Anschluss des Gebiets von *Nagorni Karabach* an Armenien, das, ob schon von Armeniern besiedelt, durch Stalin dem Nachbarstaat Aserbeidschan eingegliedert worden war. Armenien hat sich mittlerweile mit Waffengewalt einen direkten Zugang zur bisherigen ethnischen Exklave erzwungen.

* * *

Handelt es sich in den vorgenannten Fällen um regionale Konflikte mit vorwiegend Kleinkriegcharakter, so hat die Sezession von *Slowenien*, *Kroatien*, *Bosnien-Herzegowina*, die am 22. Juni in die UNO aufgenommen worden sind, und *Mazedonien* den vormaligen jugoslawischen Vielvölkerstaat aufgelöst und zu kriegerischen Operationen grosser Intensität in und zwischen den Teilstaaten geführt. In deren Verlauf ist es zu unbeschreiblichen, barbarischen Exzessen der Gewalt gekommen. Die Kriegshandlungen zwischen Serben und Kroaten sind, nachdem sich auch noch Bosnien-Herzegowina mit internationaler Anerkennung unabhängig erklärt hat, etwas abgeflaut; aber diese haben sich dafür auf das Territorium dieser stark heterogenen, anderen ehemaligen Teilrepublik von Jugoslawien ausgedehnt. Nachdem der serbische Bevölkerungsteil Bosniens das Unabhängigkeitsplebiszit boykottiert hatte, ist von den bosnischen Serben flugs ein eigener Staat mit einem (selbsternannten) Parlament und einer eigenen Armee ins Leben gerufen worden. Im Verlauf des Jahres haben die Serben, unterstützt von dem nur noch aus Serbien und Montenegro bestehenden *Rumpf-Jugoslawien*, einen grossen Teil Bosniens an sich gerissen. Dabei sind unvorstellbare Verbrechen begangen worden.

Zwei Ziele sind anvisiert worden: nämlich die Herstellung und Sicherung eines territorialen Korridors von Serbien quer durch Bosnien hindurch zu der von Serben besiedelten Krajina in Kroatien einerseits und die zynisch als «ethni-

sche Säuberung» bezeichnete Austreibung und Liquidation vor allem der muslimischen, aber auch kroatischer Volksteile in den eroberten Gebieten. Etwa zwei Millionen Einwohner Bosniens sind inzwischen zu Flüchtlingen geworden, und seit 1991 forderte der Konflikt im ehemaligen Jugoslawien Zehntausende von Toten. Die Muslims halten sich jetzt nur noch in der belagerten Hauptstadt Sarajewo, in einigen isolierten Flecken und in einem zentralen Reduit.

Zu allem Überflus ist inzwischen auch noch die zwischen den Kroaten und den Muslimen in der Not entstandene Verteidigungsallianz zerbrochen; angesichts der grossen serbischen Geländegewinne haben die Kroaten sich ihrerseits neuerdings muslimische Gebiete – so vor allem in der Herzegowina – angeeignet, wo sie ebenfalls die muslimische Bevölkerung gnadenlos vertreiben. Dieses neue *Fait accompli* scheint auf eine geheime Abmachung zwischen Serben und Kroaten hinzuweisen, den de facto nicht mehr existierenden Staat Bosnien-Herzegowina als Beute unter sich aufzuteilen!

Die bisherigen Interventionen der Friedenstruppen der UNO blieben wirkungslos, wenn man von humanitärer Hilfe absieht. Noch keines der unzähligen Waffenstillstandsabkommen ist jeweils nicht alsbald gebrochen worden. Lord Carrington hat als Vermittler resigniert, und der Plan der Emissäre Vance (USA) und Owen (Grossbritannien), Bosnien-Herzegowina als integrierten, unabhängigen Staat durch Unterteilung in zehn nach ethnischen Gesichtspunkten konstruierte und weitgehend autonome Glieder einer Föderation zu retten, ist als Kompromissvorschlag zu spät gekommen, als dass er noch eine Chance hätte haben können. Die allgemeine Konsternation in der Welt über Bosniens Schicksal und die Ratlosigkeit über Sanktionen gegen die Serben gibt sich laufend in der Uneinigkeit von UNO, EG und Nato in diesen Fragen zu erkennen. Das vorläufige Fazit ist, dass die Serben praktisch alle ihre Kriegsziele erreicht haben, während die Kroaten im Begriff sind, es ihnen nachträglich gleichzutun. Verlierer sind die auf engem Raum zusammengepferchten, an militärischer Kampfkraft unterlegenen Muslime.

Der Vollständigkeit halber sind auch noch weniger traumatische Folgen des plötzlich virulent gewordenen aggressiven Nationalismus zu erwähnen. So hat am 1. Januar 1993 die *Tschechoslowakei* als föderativer Staat zweier verwandter Staatsvölker sich in zwei neue, voneinander getrennte, souveräne Nationalstaaten aufgespalten. Die *Slowakei* drängte seit der Wiederherstellung der Tschechoslowakei (1945) auf umfassende Autonomie oder volle Eigenstaatlichkeit. Sie ertrotzte sich schliesslich ihre Loslösung, nachdem für ein neues Modell einer gemeinsamen föderativen Republik zwischen Prag und Bratislava kein Kompromiss mehr gefunden werden konnte. Die Slowakei, mit nur geringer eigener Wirtschaftskraft und ohne nennenswerte Industrie ausser Rüstungsbetrieben, wird ihre Eigenstaatlichkeit mit einem hohen Preis zu bezahlen haben. Und als politische Belastung dürfte sich erweisen, dass im Süden des Landes rund 600 000 Ungarn – die Slowakei war während Jahrhunderten ein Bestandteil von Ungarn – eine kompakte ethnische Minderheit bilden. Von den Tschechen wird die «Scheidung» zwar bedauert, aber vielfach auch als vorteilhafte Entlastung von der Mitverantwortung für einen sehr viel ärmeren Landesteil mit kostspieligen Entwicklungsbedürfnissen betrachtet.

Der Nationalismus hat übrigens auch in Afrika zur Gründung eines neuen Staates geführt: *Erythräa*, das nach dem Untergang des italienischen Kolonialimperiums in Ostafrika von Hailé Sélassié ungefragt an Abessinien angegliedert worden war, hat sich im April in einem Plebiszit einhellig für seine Unabhängigkeit ausgesprochen. Jahrzehntlang hatte eine nationale Befreiungsfront in Erythräa gegen die nachmals von dem kommunistischen Diktator Mengistu in Addis Abeba ausgeübte Herrschaft Äthiopiens über das Land am Roten Meer mit wachsendem, schliesslich entscheidendem Erfolg zusammen mit den Aufständischen in den benachbarten abessinischen Provinzen gekämpft. Nach dem Sieg über Mengistu vereinbarten die Waffenbrüder, dass Erythräa sich in einer Volksabstimmung für die Zugehörigkeit zu Äthiopien oder die Unabhängigkeit entscheiden könne.

Im vergangenen Jahr sind in der Welt auch noch unzählige Konflikte mit anderem als nationalistischem Hintergrund aktuell geblieben oder neu ausgebrochen. Die Liste der zumeist innenpolitischen Konfliktherde, wo Blut geflossen ist oder Zerstörungen grösseren Ausmasses angerichtet worden sind, ist lang. Sie zeigt, wie illusorisch es ist, auf eine dauerhafte Ära des Friedens und der gegenseitigen Respektierung zu hoffen. Die «neue Weltordnung», vom amerikanischen Präsidenten Bush noch vor Jahresfrist beschworen, ist über klägliche Ansätze nicht hinausgediehen.

In *Haiti* herrscht nach wie vor Chaos und Hunger. In *Somalia* sind auf Grund interner Bandenkriege schätzungsweise 500 000 Menschen buchstäblich verhungert, bis dank einer UNO-Intervention mit zunächst 28 000 US-Marinesoldaten auch eine massive Hilfsaktion die verzweifelte Bevölkerung mit dem Nötigsten zu versorgen vermochte. In *Kambodscha* regen sich wieder die Roten Khmers, die bekanntlich während ihrer Herrschaft aus ideologischer Verantheit in einen steinzeitlichen Kommunismus rund eine Million Mitbürger vorsätzlich abgeschlachtet hatten. In *Afghanistan* wird von den einzelnen Faktionen der so tapferen Freiheitskämpfer gegen Najibullah und die sowjetischen Besatzungstruppen nun ebenso unerbittlich gegenseitig um die Macht in Kabul gekämpft. In *Peru* hat die maoistische Guerilla-Bewegung «Sendero luminoso» (leuchtender Pfad) bisher insgesamt 27 000 erfolgreiche Attentate verübt; und die Verhaftung ihres Gründers und Führers Abimael Guzman am 12. September hat seither noch nicht zur Rückkehr zu einer gesicherten Ordnung geführt. In *Kolumbien* ist die Zurückdämmung, geschweige denn die Elimination der selbsherrlichen Drogenbarone nicht geglückt. In *Südafrika* sind, obwohl die Annullierung aller Apartheid-Gesetze nun erfolgt ist und die Teilnahme der schwarzen Mehrheit an der Regierung unter einer neuen, noch auszuarbeitenden Verfassung in Aussicht steht, im vergangenen Jahr wieder Tausende von Menschen Mordanschlägen zum Opfer gefallen, darunter neuerdings auch Weisse. In *Angola* herrscht seit dem 30. Oktober wieder Kriegszustand zwischen der

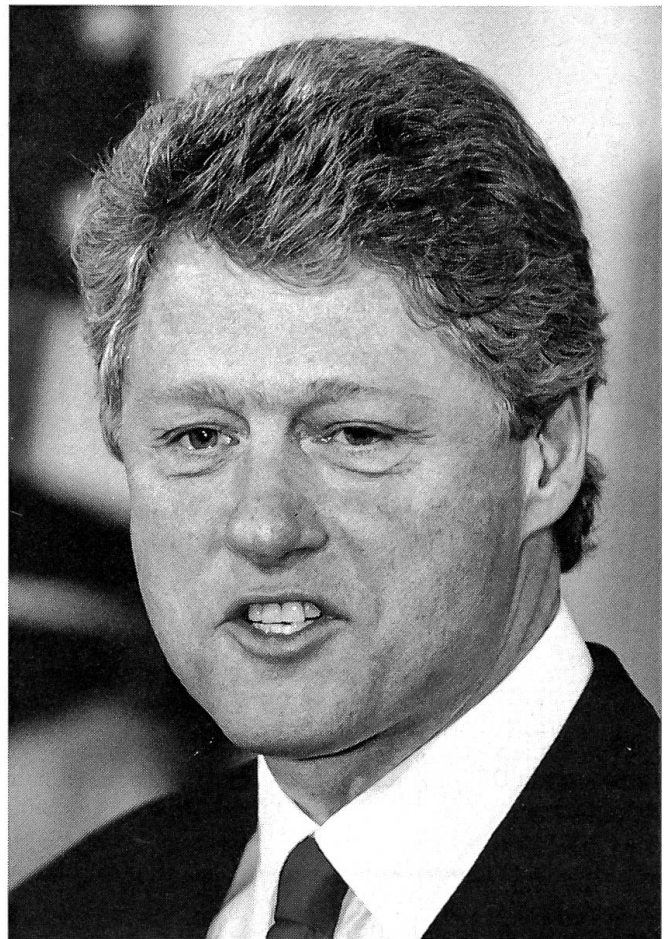
Unita Savimbis und den Regierungstruppen von dos Santos, nachdem die auf Grund des Waffenstillstandsabkommens von Lissabon durchgeführten Wahlen nicht den von Savimbi erwarteten Erfolg zu seinen Gunsten gezeitigt hatten.

Selbst in *Deutschland* ist es zu schlimmen Ausschreitungen gekommen. Junge, rechtsextreme Radaubröder mit rassistischen Motiven haben systematisch auf Unterkünfte von Einwanderern und Flüchtlingen Brandanschläge verübt und gewalttätig randaliert; so nota bene in Rostock, wo die Polizei weitgehend tatenlos geblieben ist und zahlreiche Zuschauer sogar Sympathien für die Täter gezeigt haben! In *Indien* wiederum ist es neuerdings zu schweren Ausschreitungen zwischen Hindus und Mohammedanern gekommen, die sich gegenseitig einen Tempelstandort streitig machten. Weitere ominöse Stichworte sind beispielsweise *Nordirland*, die *Kurden*, der *Sudan*, *Liberia*, *Timor* und natürlich auch *Libanon* und die besetzten arabischen Gebiete von *Palästina*.

* * *

Am 12. Oktober waren es 500 Jahre, seit *Christoph Kolumbus* mit drei spanischen Karawelen in der kühnen Absicht, einen Seeweg nach Indien und Ostasien in westlicher Richtung zu finden, auf einer der Bahamas-Inseln Landfall gemacht hat. Eine Ironie der Geschichte ist, dass Kolumbus nicht wusste, was er in Wirklichkeit entdeckt hatte, sondern er blieb bis an sein Lebensende der festen Überzeugung, die Karibische Inselwelt sei ein Teil von Indien. Aber die Kunde von diesem Ereignis ging dennoch wie ein Lauffeuer durch Europa, war doch damit der Beweis erbracht, dass die Welt nicht tellerförmig, sondern tatsächlich eine Kugel ist; und man versprach sich unermesslichen Reichtum aus den Ländereien jenseits des Ozeans.

Die Jahrhundertfeier der Entdeckung von Amerika, die in Spanien gleichzeitig mit der Olympiade in Barcelona und mit einer Weltausstellung in Sevilla verbunden worden ist, fand nicht überall freudige Resonanz. Manche selbstbewusste Nachfahren der Ureinwohner fühlten



Amerikas neuer Präsident: Bill Clinton

Was noch ein Jahr zuvor kaum jemand für möglich gehalten hat, geschieht am 3. November 1992: George Bush, gefeierter Sieger am Golf und im Kalten Krieg, wird als Präsident der USA abgewählt. Sein Nachfolger wird der 46jährige Demokrat Bill Clinton, Gouverneur des Bundesstaats Arkansas. (Foto: Weltwoche Bildarchiv, Zürich)

sich bewogen, vor allem der Nachteile und keineswegs der Vorteile zu gedenken, die diesen damals harrten. Eine symbolische Anerkennung dieses Kontrapunktes von 1492 war, dass im Oktober in Oslo der guatemalteken Menschenrechtskämpferin Menchu, einer Indianerin, der Friedensnobelpreis zuerkannt wurde. In mehreren iberamerikanischen Ländern sind ostentativ keine offiziellen Feiern abgehalten worden. Und dies, obwohl es mehr als fraglich ist, ob dieser Teil der Welt, wäre er nie kolonia-



Wieder eine Frau im Bundesrat: Ruth Dreifuss

Die Ersatzwahl für den zurückgetretenen Bundesrat René Felber löste in der ganzen Schweiz heftige Reaktionen aus. Mit der Gewerkschafterin Ruth Dreifuss wurde schliesslich wieder eine Frau in die oberste Landesbehörde gewählt. Unser Bild zeigt Frau Dreifuss in Begleitung von Bundesrat Stich auf dem Weg zur Sitzung über die Departementszuteilung.
(Foto: Hansueli Trachsel, Bern)

lisiert worden, heute allgemein verbreiteten Reichtum in Sicherheit und Gerechtigkeit geniessen würde.

* * *

Aus der geschichtlichen Dimension zurück in die Gegenwart sind in bezug auf den amerikanischen Kontinent einige denkwürdige aktuelle Begebenheiten festzuhalten. In *Brasilien* ist einmal mehr ein Anlauf zu politischer und wirtschaftlicher Normalisierung missglückt. Der in freien, demokratischen Wahlen mit grossen Hoffnungen ins Präsidentenamt gewählte Fernando Collor de Mello schien zwar zu Beginn seiner Amtsperiode ein exemplarischer Saubermann zu sein. Man traute ihm zu, dass er der permanenten Wirtschaftskrise mit dem unausrottbaren Geschwür von Korruption und galoppierender Inflation ein Ende bereiten könne. Aber sein mit präsidentialen Dekreten ohne Abstützung im Parlament lanciertes «Schockprogramm» scheiterte. Und es

stellte sich bestürzend heraus, dass der «edle Ritter» Collor mit vielen seiner Verwandten und Minister selber korrupt war und sich schamlos bereicherte! Dies führte zu seiner Suspendierung durch das Parlament und schliesslich zu seinem Rücktritt. Dem Vizepräsidenten Itamar Franco fiel das Erbe chaotischer Verhältnisse mit einer Inflation von wiederum mehr als 1200% im Jahr und einer äusseren Verschuldung von 115 Milliarden Dollar (oder 24% des Bruttoinlandprodukts) zu. Seither nimmt das altbekannte allgemeine Ramba-Samba auch unter einem unbestechlichen, neuen

Präsidenten seinen Fortgang wie eh' und je: Rezession mit steigender Arbeitslosigkeit, Korruption, sporadischer Gewalttätigkeit ohne gerichtliche Folgen, Kapitalflucht und fehlendes Vertrauen der Gläubiger im Ausland. Die Inflationsrate beträgt mittlerweile 2000%!

Demgegenüber heben sich *Argentinien* und *Mexiko* vorteilhaft ab. Bei den anderen grossen Ländern Südamerikas ist eine Konsolidierung gelungen. Mexiko profitiert von der Nähe der USA dank immer mehr Aufträgen von jenseits der Grenze für lohnkostengünstige Dienstleistungen und Halbfertigprodukte. Andererseits beginnen neuerdings die Bestrebungen zwischen USA, Kanada und Mexiko, eine umfassende Freihandelszone (sog. NAFTA) zu verwirklichen, den Wirtschaftsstandort von Mexiko noch vielversprechender zu machen.

In den *Vereinigten Staaten* war 1992 ein Präsidenten-Wahljahr. Am 3. November war Wahltag. Es war vorauszusehen, dass der bisherige Amtsinhaber, George Bush, vor Jahresfrist nach

dem erfolgreichen Golfkrieg auf einem absoluten Höhepunkt der Beliebtheit, kaum noch Aussichten haben werde, eine zweite Amtsperiode zugestanden zu erhalten. Sein fast überlebensgrosses Image war inzwischen auf Grund von widrigen Umständen und dank seiner Bevorzugung aussenpolitischer Belange, während immer mehr innenpolitische Schwierigkeiten auf den Nägeln brannten, dahingeschwunden. Die stark rückläufige Wirtschaftslage und das gigantische Staatsdefizit, schon unter Reagan vernachlässigt, begann die Bürger (und Wähler) ernstlich zu beunruhigen. Und nachgerade machte Bush den Eindruck eines abgekämpften und resignierten alten Mannes, wogegen der von den Demokraten auf den Schild erhobene Kandidat Bill Clinton mit dem von ihm vorgestellten Kandidaten für das Amt des Vizepräsidenten, Al Gore, – beide erst in den Vierzigerjahren – eine glaubwürdige, kompetente Alternative für das Weisse Haus darstellte.

Clinton vereinigte denn auch 43 % der Stimmen auf sich, George Bush nur deren 38 %. Ein dritter, gewissermassen «wilder» Kandidat, der Geschäftsmann und Multimillionär Ross Perrot, brachte es auf respektable 19 % der Stimmen. Der Demokrat Clinton hat jetzt den Vorteil, mit einem Kongress regieren zu können, der in beiden Kammern eine Mehrheit seiner eigenen Partei aufweist. Andererseits hat Clinton als Kandidat mit unzähligen, hochtrabenden Versprechungen operiert, so dass es schwer hält sich vorzustellen, wie er diesen auch nur annähernd gerecht werden will. Wirtschaftlich ist die Rezession

noch nicht überwunden; aber es gibt erste Aufhellungen am Horizont. In der Aussenpolitik zeichnet sich zur Ära Reagan/Bush keine fundamentale Änderung ab.

* * *

Westeuropa blieb weiterhin in den Fängen einer hartnäckigen Rezession stecken. Überall ausser in Grossbritannien und Belgien war die industrielle Produktion gegenüber dem Vorjahr rückläufig, nota bene in Deutschland mit einem Minus von 10,5 %, in Spanien mit einem solchen von 7 %. Die Arbeitslosenquote erreichte (Vorjahreszahlen in Klammern) in Spanien 16,6 % (15,4), in Frankreich 10,7 % (10,1), in Italien 10 % (10,2), in England 10,5 % (9,4), in Belgien 9,1 % (8) und in Schweden 7,1 % (4,6). Nur gerade in Holland und in der Schweiz erreichte die Arbeitslosigkeit ein Niveau von weniger als 5 %. Die Arbeitslosigkeit ist vergleichsweise allerdings in Australien mit 11 % (10,5) und in Kanada mit 11 % noch höher als in Westeuropa; in den USA ist sie leicht zurückgegangen, nämlich von 7,3 % auf 7 %.



Starke Zunahme der Arbeitslosigkeit in der Schweiz
 Unsere Aufnahme aus Langenthal zeigt, dass ... niemand gesucht wird. Zur Zeit sind in unserem Land über 150 000 Personen arbeitslos.
 (Foto: Hansueli Trachsel, Bern)



Weihnachten für bosnische Flüchtlingskinder

Die Schrecken des Krieges in Ex-Jugoslawien haben ihre Auswirkungen auch auf unser Land: zahlreiche Flüchtlinge finden bei uns eine vorübergehende Aufnahme, wie diese Kinder aus Bosnien in einem Lager in Hinterkappelen bei Bern.

(Foto: Hansueli Trachsel, Bern)

Das Zinsniveau ist durchwegs noch hoch. Positiv ist lediglich das Tableau der Inflationsraten: Dieses zeigt einen deutlich gebremsten Anstieg der Konsumentenpreise bei geringeren Reallohnsteigerungen. Das Wirtschaftswachstum oszilliert um den Nullpunkt, wobei für Deutschland eine negative Zahl von 1,5 bis 2% auffällt; paradoxerweise darf aber Grossbritannien mit einem in Aussicht stehenden Wachstum um 1,4% rechnen. Das Sozialprodukt ist fast durchwegs im Sinkflug, am meisten in Schweden mit einem Rückgang um über 10%. Für Amerika wird eine Zunahme des Sozialprodukts im ersten Quartal 1993 von bloss 1,4% angegeben, gegenüber 4,7% im letzten Quartal 1992. Nur unverwüchtlicher Optimismus kann Zuversicht auf eine baldige Besserung der wirtschaftlichen Indikatoren vermitteln.

* * *

Die politische Chronik des vergangenen Jahres weist eine grosse Anzahl von sensationellen

Affären und ausgewachsenen Skandalen auf. Selektiv herausgepickt seien hier lediglich: die Zerwürfnisse im britischen Königshaus, die unter anderem zur Trennung des Thronfolgerpaares geführt haben; der Rücktritt des Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein, Björn Engholm, der gleichzeitig auch als Kanzlerkandidat der SPD zu Fall gekommen ist; die Lawine von Schmiergeldaffären in Italien, die einen beträchtlichen Teil der politischen Führungsgarnitur und viele führende Geschäftsleute in die Tiefe gerissen hat, mit inbegriffen das abrupte Ende der Karriere des mehrmaligen Ministerpräsidenten Andreotti, welchem jahrelange deliktische Beziehungen zur Mafia vorgeworfen werden; Korruptionsfälle auf Regierungsebene in Frankreich und Japan. Es ist, als ob das Fass der öffentlichen Unmoral plötzlich zum Überlaufen gekommen sei. Interessanterweise tut sich in bezug auf die moralische Erneuerung ausgerechnet *Italien* am meisten hervor, wo bisher das raffinierte Spiel der Unmoral jeweils nur mit lässigem Schulterzucken quittiert worden war. Es sollen institutionelle Verbesserungen kommen.

Von grosser Bedeutung waren die Parlamentswahlen vom April in *Frankreich*, die den regierenden Sozialisten ein vernichtendes Debakel und den bürgerlichen Parteien eine solide Mehrheit an Sitzen eingebracht haben. Der Niedergang der Sozialisten hatte sich schon vorgängig in Gemeindewahlen deutlich angekündigt. Präsident Mitterrand blieb nichts anderes übrig, als einen Exponenten der Rechten in der Person von Edouard Balladur zum neuen Ministerpräsidenten zu ernennen. Mitterrand muss jetzt bis

zum Ablauf seines Septennats im Elysée-Palast – wie schon einmal – als Sozialist eine ungeliebte «cohabitation» mit seinen politischen Gegnern praktizieren! Nach der erdrutschartigen Wahlniederlage haben sich die Sozialisten arg zerstritten; und der letzte Ministerpräsident, Pierre Bérégovoy, verübte am 1. Mai Selbstmord.

* * *

Zuletzt noch ein Blick auf die *Annalen des europäischen Integrationsprozesses*: Der Fahrplan zum einheitlichen Gemeinsamen Markt ist eingehalten worden; Stichdatum war der 1. Januar 1993. Der Sog der EG auf die EFTA-Staaten erwies sich jetzt als so unwiderstehlich, dass mit Ausnahme von Island und der Schweiz alle der Freihandelszone angehörenden Länder den Beitritt zur EG erwägen oder in die Wege geleitet haben. Allerdings hat Brüssel es mit dieser Expansion der EG nicht eilig. Einerseits soll die innere Konsolidierung der EG mit den Zielsetzungen des Vertrags von Maastricht nicht gestört werden; andererseits sollen immer noch die EFTA-Staaten in einen äusseren Kreis des Freihandels um den Kern der EG herum eingefügt bleiben. Deren gegenüber bisher engere Einbindung durch einen Vertrag über einen europäischen Wirtschaftsraum (EWR) ist allerdings noch nicht formell in Kraft getreten, sondern musste auf später im laufenden Jahr hinausgeschoben werden.

Der *Vertrag von Maastricht*, wenn er ohne Einschränkungen realisiert würde, wäre ein grosser Schritt hin auf die Bildung einer politischen Union mit Vereinheitlichung der Aussenpolitik, der Verteidigungspolitik und einer gemeinsamen europäischen Währung. Alle Mitglieder der EG müssten weitere Bereiche ihrer nationalen Souveränität zugunsten der europäischen Einheit der Zentralgewalt in Brüssel übertragen. In mehreren Volksabstimmungen, so in *Irland*, in *Frankreich* und (nach anfänglicher Ablehnung) auch in *Dänemark*, das sich wichtige politische Sonderrechte auszubedingen vermochte, ist dieser Union plebiszitär zugestimmt worden; in anderen Ländern ist der Unionsvertrag durch das Parlament ratifiziert worden.

Die gegenüber diesem Einigungsplan vorgebrachten Einwände und starken Widerstände sind ein untrüglicher Hinweis darauf, dass die internen Strukturen der heutigen EG nicht genügen. Es dürften noch wichtige Reformen in Richtung auf den demokratischen Ausbau ihrer Institutionen mit Berücksichtigung echt föderalistischer Elemente durchgeführt werden müssen, um das visionäre Gebilde in den politischen Realitäten Europas fest zu verankern.

* * *

In der *Schweiz* war das wichtigste politische Ereignis im vergangenen Jahr zweifellos die Volksabstimmung vom 6. Dezember über



Schweizer Nein zum EWR

Wie dieser alte Soldat als friedlicher Demonstrant vor dem Bundeshaus propagiert, hat das Schweizer Volk am 6. Dezember 1992 den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum EWR abgelehnt.
(Foto: Hansueli Trachsel, Bern)

die Teilnahme am Europäischen Wirtschaftsraum (EWR), der die EFTA-Länder auf Grund eines Vertrags wirtschaftlich voll in die EG integrieren soll. Nach sich lange hinziehenden Verhandlungen in Brüssel war dieser Vertrag zustande gekommen und musste von jedem der Vertragspartner aus der EFTA einzeln unterschrieben und ratifiziert werden. Die eidg. Räte haben ihm mit sehr deutlichem Mehr ihre Zustimmung gegeben, worauf der Souverän das endgültige Verdikt zu sprechen hatte. In einer Ende August einberufenen Sondersession und in der Herbstsession haben beide Kammern des Parlaments die notwendige Anpassung einer grossen Zahl schweizerischer Gesetze und Erlasse vorgenommen, soweit diese mit den Rechtsnormen der EG in Übereinstimmung gebracht werden mussten, und eilends als sog. Eurolex-Paket verabschiedet.

Dem EWR-Vertrag erwuchs schon frühzeitig eine bedrohliche Gegnerschaft, in welcher die SVP des Kantons Zürich mit ihrem Präsidenten, Nationalrat Blocher, und der ebenfalls von diesem präsierte Verein AUNS, der sich bereits in der Bekämpfung des UNO-Beitritts hervorgetan hatte, die Avantgarde markierte. Zu diesem harten Kern der Opposition stiessen auch die Bauern und eine grosse Zahl anderer, obschon sowohl FDP wie auch CVP im Verein mit der SP die Ja-Parole ausgegeben hatten. Der Bundesrat hatte in der einschlägigen Botschaft den folgenschweren Fehler gemacht, den EWR-Vertrag als eine «Vorstufe zum Beitritt zur EG» hinzustellen, was erstens voreilig und gewagt war und zweitens viele Stimmbürger vergraulte, die zwar den EWR nicht a priori ablehnten, aber den Beitritt zur EG – zum mindesten für die nahe Zukunft – nicht in Betracht zu ziehen gedachten. Die Gegner stürzten sich auf diesen psychologischen Schnitzmesser und erzielten dank der geschickten Ansprecher von patriotischen Residuen des historischen Isolationismus einen knappen Sieg mit 1 787 510 Nein gegenüber 1 762 627 Ja bei einer Rekordstimmeteiligung von 78,3%! Allerdings wäre auch bei einer Mehrheit der Ja-Stimmen der EWR-Vertrag nicht über die Runden gekommen, weil nur 7 von 26 Ständen zustimmten.

Das Malheur war, dass die welschen Kantone allesamt wüchtig dem EWR zustimmten, in der deutschsprachigen Schweiz aber nur Basel. Daraus ergab sich eine Entfremdung zwischen diesen beiden Landesteilen, die seither noch nicht wieder überbrückt werden konnte. Die Folgen dieser Volksabstimmung lassen sich noch nicht eindeutig abschätzen; zum mindesten scheint sich aber die Schweiz in wirtschaftlicher Beziehung einige dauernde Nachteile eingehandelt zu haben. Der Alleingang, zusammen mit anderen ungünstigen Entwicklungen, dürfte den Industriestandort der so exportabhängigen Schweiz abwerten und eine Verlegung der Produktion vieler Firmen ins Ausland zur Folge haben.

Die anderen Volksabstimmungen verliefen weniger dramatisch. Am 17. Mai stimmte der Souverän dem Beitritt zur Weltbank und zum Internationalen Währungsfonds zu. Im gleichen Urnengang fand u. a. auch die Einführung des Zivildienstes für Dienstverweigerer und die Revision des Sexualstrafrechts Billigung. Am 27. September kam auf Grund eines Referendums das NEAT-Projekt vor das Volk, ein gigantisches Vorhaben, welches die Errichtung je eines Eisenbahn-Basistunnels durch den Gotthard und den Lötschberg mit budgetierten Kosten von 15 Milliarden umfasst. Zur Bewältigung des noch stark wachsenden internationalen Transitverkehrs auf der Nord-Süd-Achse bei gleichzeitiger Entlastung des Schwerverkehrs auf der Strasse erscheint dieses «Jahrhundertvorhaben» als unumgänglich. Dafür hat die Volksmehrheit (63,5%) ein erstaunlich grosses Verständnis gezeigt. Wegen der hohen Kosten hat aber inzwischen unter dem Eindruck der äusserst prekär gewordenen Bundesfinanzen mit prospektiven Defiziten von 5–9 Milliarden im Jahr der Wind wieder etwas gekehrt; das könnte namentlich der neuen Untertunnelung des Lötschbergs noch zum Schaden gereichen. Im gleichen Urnengang verwarf das Volk drei Vorlagen über eine Parlamentsreform und insbesondere eine saftige Aufstockung der Parlamentarier-Diäten, während es dem neuen Geschäftsverkehrsgesetz zustimmte. Am 7. März schliesslich stimmte das Volk einer Erhöhung des Treib-

stoffzolls durch einen Zuschlag von 20 Rappen pro Liter zu, welcher dem Bund Mehreinnahmen von 1,3 Milliarden erbringt, sowie auch der Aufhebung des Spielbankenverbots, während eine weitere Initiative gegen Tierversuche, die ein absolutes Verbot enthielt, bachab geschickt wurde.

Wie üblich fanden in der Wintersession der Räte die Wahlen für die hohen Funktionsträger statt. Zum neuen Bundespräsidenten wurde Bundesrat Adolf Ogi mit dem glänzenden Resultat von 185 von 208 gültigen Stimmen erkoren; als neuer Vizepräsident erzielte Bundesrat Otto Stich 134 Stimmen. Als neuer Nationalratspräsident beliebte der Walliser Paul Schmidhalter (CVP), als neuer Präsident im Ständerat Otto Piller (SP, Fribourg).

Bundesrat René Felber sah sich krankheits halber gezwungen, auf Ende März seinen Rücktritt zu nehmen. Das bedingte in der Frühjahrs session eine Ersatzwahl. Diese sollte sich als ausserordentlich schwierig und verwirrend erweisen, indem der eigentlich von der Bundesversammlung einwandfrei gewählte, aber von der anspruchsberechtigten SP nicht als offizieller Kandidat portierte Nationalrat Francis Matthey (Neuchâtel) von seiner Hauspartei gezwungen wurde, die Wahl nicht anzunehmen, weil man die politischen Weichen zuvor bereits auf die Genferin Christiane Brunner gestellt hatte. Die SP versteifte sich darauf, im Bundesrat durch eine Frau vertreten zu werden, stiess aber mit ihrer designierten Kandidatin aus persönli-



Neuer Aussenminister: Bundesrat Flavio Cotti
Der scheidende Bundesrat René Felber (vorne) übergibt sein Departement an den bisherigen Innenminister Flavio Cotti (links). Neue Innenministerin wird Frau Bundesrätin Ruth Dreifuss.
(Foto: Hansueli Trachsel, Bern)

chen und politischen Gründen auf latente, aber kategorische Ablehnung bei den bürgerlichen Regierungsparteien. Prompt ist dabei wieder einmal die Beteiligung der SP an der Regierung auf Grund der sog. Zauberformel diskussionsweise in Frage gestellt worden. Nach dem Verzicht von Matthey wurde, wie erwartet, die Kandidatin Brunner nicht gewählt, worauf mit der Kandidatur der wenig bekannten Gewerkschafterin Ruth Dreifuss, mit stillschweigendem Akzept der Bürgerlichen, dann der Knoten gelöst werden konnte. Es dürfte übrigens zum ersten Mal vorgekommen sein, dass eine Volksmenge mit einer undisziplinierten Demonstration auf dem Bundesplatz – es handelte sich um militante Feministinnen – Druck auf eine in der Bundesversammlung in Gang befindliche Bundesratswahl auszuüben versuchte. Ihr Idol (Brunner) wurde zwar nicht gewählt; aber die wilde Manifestation hat doch – wie spätere kantonale Wahlen zu erkennen gaben – die Wahlaussichten von Frauen seither deutlich verbessert.

Im Berichtsjahr hat sich die Wirtschaftslage der Schweiz unter dem Einfluss der Rezession in der Welt noch einmal stark verschlechtert. Die Schweiz war bisher im Gegensatz zu allen vergleichbaren Ländern in geradezu erstaunlicher Weise von Arbeitslosigkeit fast ganz verschont geblieben. Dies ist jetzt nicht mehr der Fall. Die Arbeitslosigkeit ist hier von rund 40 000 am Jahreswechsel 1991/92 innert Jahresfrist in einer steilen Kurve auf über 150 000 mit noch steigender Tendenz hinaufgeschneit. Der

Fonds der Arbeitslosenversicherung war schon im November vollständig ausgeschöpft, so dass jetzt die Bundeskasse für die Auszahlung der Taggelder einspringen muss. Das wiederum schlägt sich in zusätzlichem Aufwand im Bundeshaushalt nieder. Nachdem einer immer grösseren Zahl von Arbeitslosen die Aussteuerung drohte, ist die Frist des Schutzes durch die Versicherung auf nunmehr 400 Tage ausgedehnt worden, allerdings bei selektiver Reduktion des Satzes des letzten Lohnes von 80 % auf jetzt 70 %.



Olympische Sommerspiele in Barcelona
Nur eine Medaille für die Schweizer Sportler: Dank einem Finalsieg im Herren-Einzel des Tenniswettbewerbes holte der Genfer Marc Rosset Gold. Ausser einigen weiteren Ehrenplätzen waren unsere Olympiateilnehmer wenig erfolgreich.

(Foto: Weltwoche Bildarchiv, Zürich)

Viele Unternehmen sehen sich mit grossen Verlusten konfrontiert, verschulden sich, wechseln den Besitzer oder fusionieren. Betreibungen und Konkurse stehen auf einem Höchststand. Insbesondere im Bankensektor ist ein Schrumpfungsprozess in Gang gekommen, wobei vor allem nur regional ausgerichtete, kleinere Institute von grösseren übernommen werden oder fusionieren. Auch einige Kantonalbanken sind von enormen Verlusten nicht verschont geblieben. Mangels genügender Steuereinnahmen bei durchs Band andauernden hohen Ausgaben sind auch einige Kantone, namentlich aber der Bund, bei ihren Rechnungsabschlüssen und Budgets ins Schleudern gekommen. Eine Besserung der allgemeinen Lage wird vor Mitte des nächsten Jahres nirgends erwartet. Sorgen macht, dass voraussichtlich viele der jetzt abgebauten Arbeitsstellen definitiv wegrationalisiert worden sind. Das bedeutet, dass das Phänomen der Arbeitslosigkeit mit seinen sozialen und finanziellen Folgen vermutlich die Periode der Rezession überdauern wird!

Für den *Kanton Bern* war das zurückliegende Jahr alles andere als erfreulich. Es war nicht möglich, die notleidenden Staatsfinanzen in einem Rezessionsjahr wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Es stellte sich für 1992 ein Defizit von 403 Mio. heraus; wenn die notwendigen Rückstellungen für die Verluste der Kantonalbank berücksichtigt werden, sogar ein solches von 843 Mio! Um die drohende Illiquidität ab-

zuwenden und das Dotationskapital der Kantonalbank aufstocken zu können, beantragte der Regierungsrat im August die Aufnahme von Staatsanleihen im Betrag von 1,2 Milliarden. Die Missstimmung war aber jetzt so gross geworden, dass der Grosse Rat mit überwältigendem Mehr das Budget 1993, welches ein Defizit von 375 Mio vorgesehen hatte, an die Regierung zurückwies und erst ein auf 263 Mio reduziertes Budget im zweiten Umgang am 17. März genehmigte. Es war ihm aber nichts anderes übrig geblieben, als das Rekorddefizit von 1992 am 15. September zu genehmigen. Die Aufnahme einer kantonalen Anleihe in der Höhe von 900 Mio wurde bezeichnenderweise vom Berner Volk in der Volksabstimmung vom 6. Dezember unwirsch abgelehnt. Aber auch die Stadt Bern steht in finanzieller Beziehung nicht besser da. Sie hat sogar für 1992 einen Rekord an roten Zahlen ausgewiesen, nämlich 60,5 Mio Defizit oder 16,2 Mio mehr als budgetiert, und dies nota bene, nachdem in den achtziger Jahren noch Überschüsse zu verzeichnen gewesen waren.

Das ganze Jahr war überschattet von den massiven Verlusten der Berner Kantonalbank, die noch alle Befürchtungen weit überschritten. Der Untersuchungsbericht Andersen brachte das ganze Ausmass des Debakels und die Gründe und Hintergründe an den Tag und enthielt Empfehlungen. Auf Grund dieses gründlichen Berichts forderten die Berner Regierung und die Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rates den 26köpfigen Bankrat zum Rücktritt auf; sie verzichteten aber auf zivilrechtliche Ansprüche und Strafklagen, weil den verantwortlichen Funktionsträgern der Bank nicht mangelnde Sorgfalt im Sinne eines Verschuldens, sondern lediglich «übertriebener Optimismus» vorgeworfen werden könne. Falsch war die unbekümmerte Vorwärtsstrategie mit ehrgeizigen Expansionszielen gewesen. Daraus folgte die Notwendigkeit einer zweiten Aufstockung des Dotationskapitals um noch einmal 300 Mio auf 915 Mio, nachdem bereits im September der Grosse Rat eine solche um 250 Mio auf 615 Mio beschlossen hatte. Zwecks Entlastung der laufenden Rechnung der Kantonalbank sollte eine

Auffanggesellschaft (Dezennium AG) gegründet werden, welche die faulen Kredite in der Höhe von 2–3 Milliarden sowie weitere «unerwünschte Kredite» übernehmen sollte. Dafür soll innert 10 Jahren jetzt eine Sanierung dieser Ausstände versucht werden.

Zum neuen Regierungspräsidenten ist am 1. Juni Peter Widmer (FDP) gewählt worden, dem in Spiez, dem Ort seines bisherigen Wirkens eine eindrucksvolle Feier gewidmet wurde. Neu in den Regierungsrat gewählt wurde am 17. Mai Dori Schaer (SP, Rosshäusern); ein Monat später wurde ihr trotz freisinniger Opposition die Baudirektion zugewiesen. Der auf Ende Juni durch Rücktritt aus der Regierung ausgeschiedene René Bärtschi, vormals allseits geachteter bernischer Verkehrsdirektor und Verwaltungsratspräsident der BLS, ist wenige Tage später von einer bösartigen Krankheit hingerafft worden. Am 20. April erfolgte der überraschende Verzicht des Volkswirtschaftsdirektors, Regierungsrat Peter Siegenthaler (SVP), auf seine Wiederwahl. Und keine zwei Wochen später erfolgte auch der Verzicht auf Wiederwahl durch den Finanzdirektor Ueli Augsburg (SVP), der als Vertreter der Regierung im Bankrat der Kantonalbank und auf Grund ausgeprägter Kontaktschwäche schon längere Zeit unter Druck geraten war. Am 12. Mai schliesslich hat der Grosse Rat in der Person des Sekundarlehrers Peter Bieri (SP, Oberdiessbach) seinen neuen Präsidenten gewählt.

Man kommt nicht umhin, auch einige politische Mutationen in der Stadt Bern zu erwähnen. Am 6. Dezember hat die Stadt Bern in den Gemeindewahlen (Exekutive) ein parteipolitisches Revirement erlebt, indem eine rot-grüne Mehrheit mit vier Frauen nunmehr die Stadt repräsentiert. Marc-Roland Peter (SVP) wurde nicht wiedergewählt, weil die bürgerliche Mehrheit einen Sitz einbüsste. In der Stadt Bern gelten auch für den Gemeinderat (Stadtregierung) Proporzahlen. Am 24. Januar wurde als Nachfolger von Werner Bircher (FDP) Klaus Baumgart-



Der neugewählte Berner Gemeinderat weist eine Frauenmehrheit auf

Das Ergebnis dieser Gemeinderatswahlen fand weitherum grosse Beachtung, ist doch erstmals europaweit in einer Exekutive einer grösseren Stadt eine Mehrheit von Frauen erreicht worden. Das Bild zeigt von links Polizeidirektor Kurt Wasserfallen, Finanzdirektorin Theres Frösch, Bau- und Planungsdirektorin Theres Giger, Stadtpräsident Klaus Baumgartner, Fürsorgedirektorin Ursula Begert, Schuldirektorin Joy Matter und den Direktor der Stadtbetriebe, Alfred Neukomm.

(Foto: Alessandro della Valle, Bern)

ner (SP) als neuer Stadtpräsident seinem Gegenkandidaten Josef Bossart (CVP) von den Stimmbürgern deutlich vorgezogen. Gemeinderat Bossart erwies sich als ein schlechter Verlierer, indem er kurz darauf fristlos sein Offizium im Gemeinderat niederlegte, weil es ihm nicht zuzumuten sei, dass er an Stelle der Finanzdirektion mit der Gesundheits- und Fürsorgedirektion betraut werden sollte.

Unter den politischen Sachgeschäften ragt die nach unzähligen Verzögerungen schliesslich im November endgültig verabschiedete neue bernische Kantonsverfassung hervor, welche die nun ziemlich genau auf 100 Jahre zurückblickende, bisherige Staatsverfassung ablösen soll. In der Schlussabstimmung im Grossen Rat waren bei

171 annehmenden nur noch ganz wenige ablehnende Stimmen zu zählen. Die Verfassung bedarf noch der Billigung des Souveräns. Sie hat die besten Aussichten, im Sommer angenommen zu werden. Neuerdings aufgetaucht ist plötzlich das Jura-Problem, indem in den ersten Januartagen in Courtelary eine Bombe zur Explosion gebracht wurde, während in Bern ein Béliier, als er in seinem Auto an einem Sprengsatz fummelte, sich selber in die Luft sprengte. Es wurde im Jura von der Polizei auch ein Waffenlager mit Sprengmaterial gefunden, und beim Chef der Béliers, Daniel Pape, wurde im Keller seiner Wohnung in Cortébert ein Arsenal von 46 Armeehandgranaten entdeckt,

worauf er verhaftet worden ist. Obwohl dieser sich unschuldig erklärte, hat er nach seiner Haftentlassung als Béliier-Chef unverzüglich demissioniert. Mit psychologisch ungeschicktem Timing hat sodann eine vom Bundesrat eingesetzte Konsultativkommission unter der Ägide von alt Nationalrat Sigmund Widmer am 7. April ihren Jura-Bericht veröffentlicht, worin sie die Bildung eines neuen Kantons Jura empfiehlt, in welchen auch der heutige Berner Jura zu integrieren wäre. Mögliche Alternativen wurden im Bericht nicht gebührend berücksichtigt; namentlich wurde dem Umstand nicht Rechnung getragen, dass 70% der Bevölkerung des Berner Juras manifest zum Ausdruck gebracht haben, sie wünschten beim Kanton Bern zu verbleiben. Der Bericht dieser Kommission wird im Kanton Bern fast einhellig als unakzeptierbare Zumutung oder als politische Utopie betrachtet.

Zum Schluss seien noch einige Vorkommnisse aufgeführt, die keinen Bezug zum politischen Bereich haben: Der Kanton Bern steht im Begriff, seine dicht gestreuten Regionalbanken in atemberaubendem Tempo einzubüssen. Die Zahl dieser selbständigen Bankinstitute ist im vergangenen Jahr durch Übernahmen und Fusionen von 49 auf jetzt noch deren 35 reduziert worden. Aber im Gegensatz zur untergegangenen Spar- und Leihkasse Thun sind bei diesem Schrumpfungsprozess keine Gläubiger zu Schaden gekommen. Ein anderes, ungleich mehr Aufsehen erregendes Ereignis im bernischen Wirtschaftsleben war die überraschend schlechte Jahresbilanz des ascom-Konzerns (vormals Hasler). Nachdem dessen Geschäftsleitung noch im März mit einem Aktionärsbrief einen Gewinn von 25 Mio. in Aussicht gestellt hatte, rückte sie plötzlich anfangs Mai mit einem Verlustausweis von 46 Mio. heraus! Es zeigte sich, dass zwei Drittel der hoffnungsvoll in deutsche TV-Kabelnetze investierten Mittel der Firma eine Fehlinvestition gewesen sind und abgeschrieben werden mussten!

Der Winter 1992/93 war schneearm und viel zu warm. Die Wintersportgebiete im Berner Oberland hatten deshalb keine gute Saison zu verzeichnen. Mehrere Bergbahnen im Ski-gebiet mussten wegen kumulierter Verluste um Nachlassstundung bitten – so die Wiriehornbahnen im Diemtigtal und die Gstaader Bergbahnen. Erfreulicheres ist von der Schifffahrt auf dem Thunersee zu berichten: Am 22. Mai konnte der inzwischen mit grossem Aufwand restaurierte Raddampfer «Blümlisalp» seine

(zweite) Jungfernfahrt antreten, die zu einem Volksfest führte. Die Sonderfahrten der «Blümlisalp» waren überaus erfolgreich, haben sie doch 140 % mehr Einnahmen erbracht als erwartet! Zuletzt noch gute Kunde aus dem Berner Bärengraben: Es hat sich dort in diesem Jahr wieder dreifacher Nachwuchs eingestellt. Allerdings wird der Raum für die Beherbergung der Bären zu knapp, so dass zwei Bärenpaare unterquartiert werden mussten, das eine in die Dählhölzli-Anlage, das andere nach La Chaux-de-Fonds. In absehbarer Zeit soll der Bärengraben als von alters her symbolisches Wahrzeichen Berns umgebaut und modernisiert werden.

Hans Rudolf Böckli

Vor dem Richter

«Sie haben also den Mann in dem Geschäft niedergeschlagen, Angeklagter. War es eine Affekthandlung?» – «Nein, Herr Richter, ein Gemüseladen!»



Der scheidende und der neue Stadtpräsident von Bern
 Der neugewählte Stadtpräsident Klaus Baumgartner (SP, links im Bild) hat im Berner Erlacherhof die Amtsgeschäfte von dem nach 13 Jahren Amtszeit zurückgetretenen Werner Bircher (FDP) übernommen.
 (Foto: Alessandro della Valle, Bern)